

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Kulturpolitik

Nr. 166/15 vom 21. April 2015

Peter Sönnichsen: Das groß angekündigte Landesgedenkstättenkonzept kommt kaum über eine Bestandsaufnahme hinaus

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Peter Sönnichsen, hat Kulturministerin Anke Spoorendonk angesichts ihrer heutigen (21. April 2015) Vorstellung eines „Landesgedenkstättenkonzeptes“ vorgeworfen, einmal mehr die von ihr selbst geweckten Erwartungen enttäuscht zu haben:

„Dass die Einberufung von Arbeitsgruppen und runden Tischen durch das Albig-Kabinett jetzt als Landesgedenkstättenkonzept betitelt wird, sorgt völlig zurecht nur noch für Kopfschütteln. Spoorendonk selbst hat bei den Gedenkstätten hohe Erwartungen geweckt. Nun legt die Ministerin im wesentlichen eine reine Bestandsaufnahme vor. Sie bleibt - beispielsweise bei der Ingegration der Gedenkstättenarbeit in den Unterricht- weit hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück“, erklärte Sönnichsen in Kiel.

Die Arbeit in den einzelnen Gedenkstätten finde überwiegend bereits statt. Sie werde darüber hinaus von einem immer kleiner und immer älter werdenden Personenkreis geleistet. Diese bräuchten zunehmend Unterstützung – beispielsweise bei einfachen Arbeiten zum Erhalt und der Unterhaltung der Gedenkstätte, oder auch bei der Besetzung von Öffnungszeiten.

„Vor diesem Hintergrund hätte ein Konzept die Frage beantworten müssen, wie die Gedenkstätten durch die Landesregierung künftig unterstützt werden. Dazu sagt die Ministerin nichts“, so Sönnichsen.

Die Frage der finanziellen Zuwendung, um kleine Aufwandsentschädigungen zahlen zu können, bliebe offen, da der Großteil der 230Tsd. € in organisatorische Strukturen fließe. Auch fehle jede Initiative zur Unterstützung des Aufbaus örtlicher „Mithelferkreise“, die die Betroffenen der schlimmen Zeit und ihre direkte Folgegeneration aktiv unterstützten.

Besonders eklatant werde das Versagen der Ministerin mit ihrem Konzept in der Frage der Neulandhalle. „Der Verweis auf 2018 ist ein hilfloser Versuch, das Thema zu vertagen. Wenn die Förderung im vergangenen Jahr verweigert worden ist, wird sich das drei Jahre später nicht ändern. Die Situation sollte völlig neu überdacht werden. Die breiten Bedenken zu Inhalten und Standort müssen endlich zur Kenntnis genommen werden“, forderte der CDU-Abgeordnete.